

FLÜCHTLINGSGIPFEL BEI DER KANZLERIN

BAYERN FORDERT HÄRTERE MAßNAHMEN

Beim gestrigen Gipfel der Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten der Länder wurden wichtige Schritte zur Bewältigung der enormen Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen beschlossen. Bayern hat sich bei maßgeblichen Fragen durchgesetzt, z. B. hinsichtlich der Beteiligung des Bundes an den Kosten und der Beschleunigung von Asylverfahren. Die Beschlüsse reichen jedoch bei weitem noch nicht aus. Es geht nicht nur um die Frage der Verteilung in Deutschland, sondern vielmehr um die Begrenzung des Zustroms weiterer Flüchtlinge. Deshalb stellt die CSU weitergehende Forderungen sowohl an den Bund als auch an die EU.

Der **Parteivorsitzende Horst Seehofer** zu den Ergebnissen: "Um das Problem in den Griff zu bekommen, muss man das **Thema erheblich zügiger und tiefgreifender angehen**. Wir können weder die Bevölkerung noch die Kommunen alleine lassen."

Das hat der Gipfel beschlossen

- Schnellere Bearbeitung von Asylverfahren durch mehr Personal im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): 2016 werden weitere 1.000 Stellen geschaffen.
- Zügige Abschiebung abgelehnter Asylbewerber: Die Länder müssen nach dem Vorbild Bayerns Rückführungen in die Herkunftsländer konsequent vollziehen. Bayern hat in diesem Jahr bereits mehrfach Sammelabschiebungen in alle Westbalkanstaaten vorgenommen.

- Finanzielle Beteiligung des Bundes an den Asylkosten: Bis Ende 2016 werden die Kosten für Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge in Bayern doppelt so hoch sein wie erwartet. Die geplante Finanzhilfe des Bundes in Höhe von 500 Mio. EUR für dieses Jahr wird deshalb auf 1 Mrd. EUR verdoppelt. Ab 2016 unterstützt der Bund die Länder strukturell und abhängig von der Zahl der Flüchtlinge bei den anfallenden Kosten.
- Bei "unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen" ist eine Umverteilung auf andere Länder bislang nicht erlaubt. Daher sind bayerische Kommunen in Grenzgebieten überproportional belastet. Ein Übergangskonzept sieht nun eine bundesweite Verteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen vor, ab 2016 wird das gesetzlich geregelt.

CSU-Forderungen darüber hinaus

Anreize für Wirtschaftsflüchtlinge müssen drastisch eingeschränkt werden. Wir müssen von vornherein noch stärker unterscheiden, wer keine Bleibeperspektive hat und wer wirklich schutzbedürftig ist.

 Wir brauchen mehr Möglichkeiten, die Leistungen von Asylbewerbern zu kürzen, deren Antrag offensichtlich unbegründet ist oder die aus sicheren Herkunftsstaaten stammen.

- Länder, in denen die Anerkennungsquoten gegen Null gehen, müssen als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden. Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina konnten wir bereits durchsetzen. Wir bleiben dabei, diese Einstufung ist auch für Albanien, Kosovo und Montenegro notwendig. Für diese Staaten brauchen wir auch eine Wiedereinführung der Visa-Pflicht.
- Abgelehnte Asylbewerber sollen keine Beschäftigungserlaubnis erhalten, denn die Aussicht auf Arbeit ist ein besonders hoher Anreiz für Zuwanderer.
- Auch die EU muss sich stärker mit der Asylthematik beschäftigen: Es bedarf einer gerechteren Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen EU-Länder. Um die einseitige Belastung vor allem Deutschlands zu beenden, sind feste Verteilungsquoten und die konsequente Registrierung bei der Ersteinreise notwendig. Zudem fordern wir für eine effektive Seenotrettung im Mittelmeer europäische Asylzentren in Nordafrika, in denen Prüfverfahren nach EU-Standard durchgeführt werden.

CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer: "Es müssen zur Begrenzung des Flüchtlingszustroms noch härtere Maßnahmen ergriffen werden. Wer nicht handelt, nimmt die Überlastung unserer Gesellschaft schulterzuckend in Kauf. Die Bayerische Staatsregierung hat bereits ein umfangreiches Konzept vorgelegt."

Service

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.csu.de

Impressum

Franz Josef Strauß-Haus Nymphenburger Straße 64 80335 München

